

E 169 -NR/XX. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 25. März 1999

betreffend die Weiterführung der österreichischen Anti-Atompolitik

1. Die Bundesregierung wird ersucht, auf internationaler sowie auf nationaler Ebene auch weiterhin alle Möglichkeiten zur Umsetzung von Maßnahmen im Sinne der gemeinsamen ablehnenden Haltung gegenüber der Atomenergie zu nutzen und insbesondere im Rahmen des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union die österreichische Position zu vertreten und dabei verbindlich für die Erstellung von Atomausstiegskonzepten und die Nutzung von bestehenden EU-Kreditinstrumenten einzutreten bzw. entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten durch die EU einzufordern.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, hinsichtlich des Kraftwerks Temelin nochmals auf höchster Ebene mit der tschechischen Regierung Kontakt aufzunehmen, um alle für eine Entscheidung der tschechischen Regierung nötigen Hilfeleistungen bis 30. 4. 1999 zur Verfügung zu stellen. Dabei sollen insbesondere beschäftigungspolitische Vorteile von Alternativen zu Temelin dargestellt und Unterstützung für die Nachnutzungsstudie für das Bauareal Temelin angeboten werden.
3. Die Bundesregierung wird ersucht, auf europäischer Ebene für Atomhaftungsregelungen auf Basis der Grundzüge des österreichischen Atomhaftungsrechts einzutreten.
4. Die Bundesregierung wird ersucht, sich dafür einzusetzen, die Zielsetzungen von EURATOM dahingehend zu ändern, daß die Förderung der Kernenergie unterbleibt und die Rechte des europäischen Parlaments gestärkt werden.
5. Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, weiterhin die grundsätzlichen Bedenken Österreichs gegen einen Kredit zur Fertigstellung der ukrainischen Reaktoren K2/R4 mit Nachdruck zu vertreten.
6. Die Bundesregierung wird ersucht, mit der deutschen EU-Präsidentschaft bezüglich der ablehnenden Position Österreichs zur Finanzierung von K2/R4 in Verbindung zu treten.
7. Die Bundesregierung wird ersucht, der tschechischen Regierung Unterstützung zur Inanspruchnahme von EU-Mitteln auch noch vor einem etwaigen Beitritt zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Stärkung erneuerbarer Energieträger anzubieten.